

Die Finanzierung von Minderheiten am Beispiel der deutschen Volksgruppe in Dänemark

von HARRO HALLMANN

Stärker als in den Jahren zuvor ist die Frage der öffentlichen Zuschüsse für die Wirksamkeit nationaler Minderheiten seit 2010 in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Erregte zunächst die drastische Kürzung der Landesmittel für die Schulen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein die Gemüter (siehe dazu den ausführlichen Beitrag von Jørgen Kühl in GFH 4/2010), wurden jedoch kurz darauf auch die deutschen Nordschleswiger mit drastischen Sparmaßnahmen konfrontiert. Im vorliegenden Artikel stellt der Kommunikationschef des Bundes Deutscher Nordschleswiger Harro Hallmann die Finanzierung der Aktivitäten der deutschen Volksgruppe in Dänemark dar und zeigt auf, wo die Herausforderungen für die Zukunft liegen.

Die Redaktion

Grundlagen

Zur deutschen Minderheit in Dänemark zählen etwa 15.000 Personen. Die deutsche Volksgruppe unterhält eigene Kindergärten, Schulen und Büchereien, betreibt kirchliche und soziale Arbeit, gibt eine eigene Tageszeitung heraus und bietet in vielen Vereinen sportliche und kulturelle Aktivitäten an. Die Karte (Abb. 1) gibt einen Überblick über die Einrichtungen der deutschen Nordschleswiger. Vertreten wird die deutsche Volksgruppe durch den Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), zu dessen wichtigsten Aufgaben die Sicherung der finanziellen Grundlage gehört.¹

Der Gesamthaushalt der deutschen Minderheit beträgt gut 38 Mio. Euro (2009)². Wie aus Abbildung 2 hervorgeht liegen zwei Drittel der Ausgaben im Bereich Schulen und Kindergärten. Je neun Prozent der Ausgaben gehen an die Tageszeitung Der Nordschleswiger und den Kulturbereich (Büchereien und Bund Deutscher Nordschleswiger). Acht Prozent werden für Aktivitäten im Bereich Jugend, Sport und Soziales (Jugendverband, Sozialdienst, Ruderverband) verwendet und sieben Prozent der Ausgaben liegen beim Landwirtschaftlichen Hauptverein, dessen kulturelle und sprachliche Arbeit jährlich mit einem kleinen Betrag aus Landesmitteln gefördert wird und ansonsten seine Beratungstätigkeit über Eigeneinnahmen finanziert. Der größte Ausgabenposten sind mit 73 Prozent die Personalkosten.

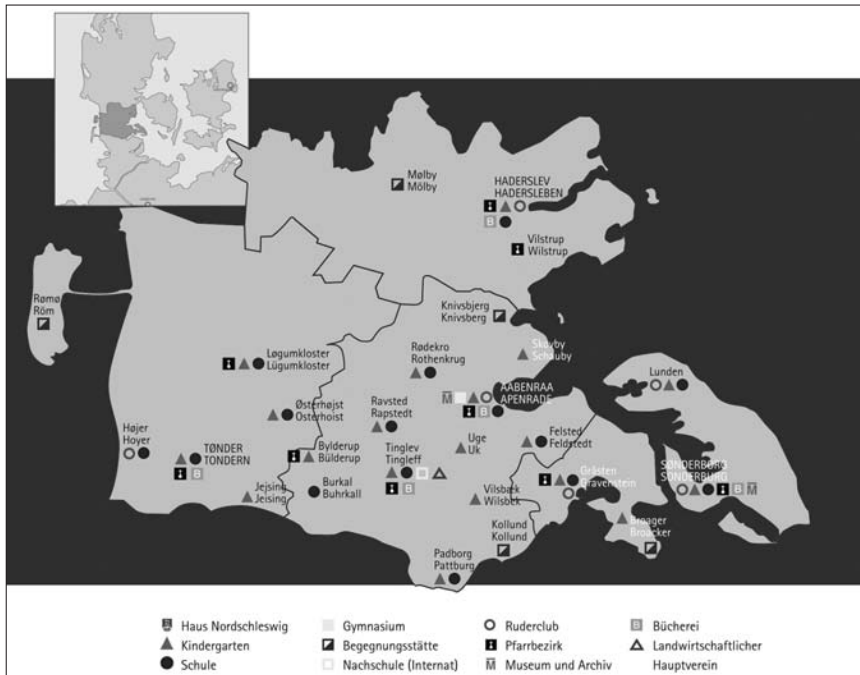


Abb. 1: Deutsche Einrichtungen in Nordschleswig

Die Einnahmen der deutschen Minderheit (Abb. 3) stammen neben Eigeneinnahmen und Zuwendungen von dritter Seite (2009: 23 Prozent) aus vier Quellen: vom dänischen Staat (34 Prozent), dänischen Kommunen (14 Prozent), Bundesmitteln (25 Prozent) und Mitteln aus Schleswig-Holstein (4 Prozent). Im Folgenden werden die Grundlagen dieser Finanzierung näher dargestellt. Beispielhaft wird dabei auf die aktuellen Entwicklungen 2010/11 hingewiesen. Eigeneinnahmen sind unter anderem Elternbeiträge in den Kindergärten, Anzeigen und Abonnenten des Nordschleswigers, Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder.

Die dänische Förderung

Die dänischen Staatsmittel bestehen überwiegend aus Zuschüssen für die deutschen Schulen. Bis einschließlich 2010 erhielten die deutschen Schulen – wie alle anerkannten dänischen „Freischulen“ – 75 Prozent der Mittel, die ein Schüler im öffentlichen Schulwesen (Folkeskole) kostet. Hinzu kamen Sondermittel unter anderem für Schülerbeförderung³, als Ausgleich für eine erhöhte Stundenzahl

Abb. 2:
Ausgaben (2009)
aufgeteilt auf
Hauptkategorien

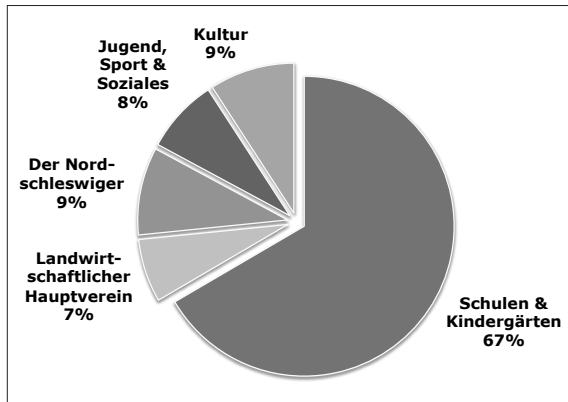
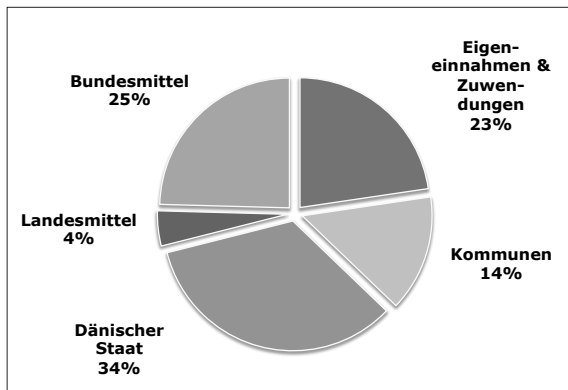


Abb. 3:
Einnahmen (2009)
aufgeteilt auf
Hauptkategorien



aufgrund von Deutsch- und Dänischunterricht auf muttersprachlichem Niveau sowie kleinerer und damit kostenintensiver Schulen.

Mitte 2010 vereinbarten der dänische Staatsminister Lars Løkke Rasmussen und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen vor dem Hintergrund der Debatte um die Kürzung der Landesmittel für die Schulen der dänischen Minderheit eine „dänisch/schleswig-holsteinische[n] Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu bilden mit dem Zweck, die Finanzierung der Minderheitenschulen auf beiden Seiten der Grenze zu erhellen“⁴.

Nach Berechnungen der deutsch-dänischen Beamtenkommission summieren sich die dänischen staatlichen Zuschüsse auf 96 Prozent der Mittel, die die öffentlichen Schulen in Dänemark erhalten. In Verbindung mit dem dänischen Haushaltsgesetz für 2011 beschloss die Regierung, die Zuschüsse für die Schulen

der deutschen Minderheit auf 100 Prozent zu erhöhen, was rund gerechnet ein Plus von 330.000 Euro (2,5 Mio. DKK) für 2011 bedeutet.⁵

Langfristig liegt die Herausforderung für die deutsche Minderheit darin die Schülerzahlen stabil zu halten, was bei gegenläufigen demographischen Trends keine leichte Aufgabe ist. Hinzu kommt, dass die Durchschnittskosten für die Schüler der dänischen Schulen zurzeit fallen, weil in fast allen Gemeinden kleine (und damit teure) Schulen geschlossen werden. Eine weitere Anpassung der Schulstruktur an die finanziellen und demographischen Herausforderungen kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, wobei die Befürchtung, dass die Schließung von kleineren Schulen zu einem weiteren Rückgang der Schülerzahlen führen könnte, nicht von der Hand zu weisen ist.

Auch im kommunalen Bereich liegt die Bedrohung für die Einrichtungen der deutschen Minderheit, in diesem Fall Kindergärten, im Trend zu größeren Einrichtungen mit 100 und mehr Kindern und einer Pro-Kind Bezuschussung auf Grundlage der niedrigeren Durchschnittskosten dieser großen Einrichtungen. Diese Gefahr war vom Bund Deutscher Nordschleswiger schon im Vorfeld der dänischen Gebiets- und Verwaltungsreform erkannt worden und hatte dazu geführt, dass der damalige Innenminister (und heutige Staatsminister) Lars Løkke Rasmussen der deutschen Minderheit zugesagt hat, dass „die Regierung – wenn nötig mittels Sonderregelungen – einen großen Einsatz leisten wird, um zu sichern, dass die kulturelle und soziale Arbeit der deutschen Minderheit weitergeführt werden kann auf einer Grundlage, die die Qualität der Arbeit nicht verringert“.⁶ Wie diese Zusage angesichts angekündigter kommunaler Kürzungen umgesetzt werden kann, gehört sicher zu den zukünftigen Aufgaben der Vertreter der deutschen Minderheit.

Die deutsche Förderung

Im Gegensatz zu den Zuwendungen vom dänischen Staat, werden die deutschen Zuschüsse nicht automatisch den Lohn- und Preissteigerungen angepasst. Die Förderung vom Land Schleswig-Holstein ist jedoch regelmäßig erhöht worden und hat seit Jahren somit in etwa den gleichen realen Umfang (2009: 1,7 Mio. Euro). Der größte Teil der Förderung kommt den Schulen der Minderheit zu Gute. Daneben gibt es einige Titel unter anderem für die Bereiche Soziales, Kultur und Jugend. Trotz des Sparhaushaltes für 2011 und 2012 sind die Mittel – zur Freude der deutschen Volksgruppe – insgesamt kaum gekürzt worden.

Die Förderung der Bundesrepublik betrug 2009 rund 25 Prozent der Gesamteinnahmen (9,525 Mio. Euro). Hinzu kamen Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen in Höhe von 614.000 Euro. Die Mittel „dienen der sozialen und kulturellen Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig (Dänemark) aufgrund

der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Neben Zuschüssen des dänischen Staats, dänischer Kommunen und Mitteln des Landes Schleswig-Holstein sollen sie die Bewahrung und Entwicklung der nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität sichern.“⁷

Die bundesdeutschen Mittel sind seit 1997 praktisch nicht an die Lohn- und Preissteigerungen angepasst worden. Eine Ausnahme waren Sondermittel für 2009 und 2010 in Höhe von 800.000 Euro für den Ausgleich der besonders hohen dänischen Tarifabschlüsse. Durch die sogenannte Überrollung ist der Wert der bundesdeutschen Förderung in den letzten 13 Jahren um ein Drittel gefallen; mit anderen Worten: Um den gleichen Wert wie 1997 zu erhalten, müsste die Förderung heute jährlich rund 2,5 Mio. Euro höher sein.

Eine Konsequenz der Überrollung (und der Steigerung der dänischen Zuwendungen) ist, dass der Anteil der bundesdeutschen Mittel am Gesamthaushalt der Volksgruppe von 32,2 (1997) auf 25,1 Prozent (2009) gefallen ist. Die Einbußen von 800.000 Euro ab 2011 und die Erhöhung der dänischen Staatszuschüsse werden voraussichtlich dazu führen, dass der Anteil 2011 auf 22 Prozent fallen wird. Diese Tendenz ist aus Sicht der deutschen Nordschleswiger besonders besorgniserregend. So unterstrich der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel Anfang November 2010: „Für uns dreht es sich nicht nur um die aktuellen finanziellen Sorgen bezüglich des Haushaltes für 2011, sondern vor allem um eine Zukunftsperspektive für unsere Arbeit. Wir fürchten um die Verbindung zu Deutschland und den Fortbestand der historischen und moralischen Verantwortung für die deutsche Volksgruppe in Dänemark“ (s. GFH 4/2010, S. 315).⁸

Der Haushalt für 2011: Drastische Einsparungen

Der Haushalt für 2011 der deutschen Volksgruppe lag im Ansatz des Bundesinnenministeriums um 1,5 Mio. Euro niedriger als der (um 800.000 erhöhte) Haushalt 2010. Die Reduktion der Kürzung auf 1 Mio. Euro gelang dank des erheblichen Einsatzes einer Reihe von Bundestagsabgeordneten. Für den Bund Deutscher Nordschleswiger ist es besonders wichtig, dass die Förderung der Minderheit sowohl in Kiel als auch in Berlin fraktionsübergreifend getragen wird, da die Minderheit sonst – spätestens nach dem übernächsten Regierungswechsel – die Verliererin wäre.⁹ Auch wenn es gelang die Kürzung zu reduzieren, war die deutsche Minderheit enttäuscht. Hierzu trug auch die Tatsache bei, dass es plötzlich möglich war, für die dänische Minderheit (und in diesem Fall speziell den Dansk Skoleforening) im gleichen Haushaltstitel 3,5 Mio. Euro als Ausgleich für die Kürzungen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung zu finden – dass Finanzmittel also durchaus vorhanden gewesen sind.¹⁰



Abb. 4: Öffentliche Anhörung im Deutschen Gymnasium in Apenrade am 18. Januar 2011 mit mehr als 400 Teilnehmern

Das Ergebnis verdeutlicht auch eine Asymmetrie zwischen der deutschen und der dänischen Minderheit. Während die dänische Minderheit erstens auf die politische Unterstützung durch die dänische Regierung zählen kann und zweitens als Wähler auf deutsche Politiker Druck ausüben können, so kann die deutsche Minderheit in Berlin nur auf den guten Willen der Politiker hoffen. Hinzu kommt, dass Dänemark nur eine Minderheit im Ausland finanzieren muss, während die Bundesrepublik eine Verpflichtung gegenüber mehr als 20 deutschen Minderheiten insbesondere in Ost- und Mitteleuropa hat.

Auch durch das deutsche Haushaltsrecht fühlt sich die deutsche Minderheit benachteiligt; zum einen durch die in Dänemark nicht gebräuchliche strenge Jahresabrechnung, die verhindert, dass nicht verbrauchte Mittel von einem Haushaltsjahr auf das nächste verlagert werden können, und zum anderen durch die fehlende Möglichkeit Darlehen aufzunehmen – die in Dänemark übliche Art, um Investitionsmaßnahmen zu finanzieren. Dies, die Überrollung der bundesdeutschen Mittel für investive Maßnahmen sowie der generell schlechte Zustand der Gebäude der deutschen Einrichtungen haben zu einem Rückstau bei den Investitionen in Höhe von inzwischen rund 5 Mio. Euro geführt.

Bei den Betriebsmitteln bedeuteten die Kürzung der deutschen Mittel und die fehlende Angleichung an Lohn- und Preissteigerungen, dass für 2011 rund 800.000

Sparmaßnahme	Sparvolumen €
Kürzung/Umstrukturierung beim Nordschleswiger	373.000
Einsparung Deutscher Schul- und Sprachverein	133.000
Reduktion der Familienberatung	66.000
Stellenreduktion im Sekretariatsbereich, Hausmeistereien und Jugendarbeit	3½ Stellen
Weitere Kürzungen im Bereich Büchereien, Kultur und Publikationen	66.000
Insgesamt	826.000

Abb. 5: Sparmaßnahmen für 2011

Euro fehlen. Auch wenn genaue Angaben erst möglich sind, wenn Unsicherheiten, wie beispielsweise die Schülerzahlen im September 2011 feststehen, ist dies die Summe, für die Sparmöglichkeiten gefunden werden mussten.

Zwanzig Vorschläge aus vier Arbeitsgruppen (Bildung, Kultur, Medien und Kommunikation sowie Struktur und Verwaltung) wurden am 18. Januar 2011 in einer Anhörung mit mehr als 400 Teilnehmern (Abb. 4) – sowie in unzähligen Leserbriefen – leidenschaftlich debattiert. Die Entscheidung fiel am 24. Januar in einer vierstündigen Sitzung des BDN Hauptvorstandes. Insgesamt 16 Sparmaßnahmen wurden beschlossen. Davon sind alle Sparten der Arbeit der Minderheit betroffen – von Sport über Kultur, Bildung und Medien (Abb. 5).

Insgesamt werden 9 Vollzeitstellen gestrichen, davon werden 13 Personen direkt berührt. Damit fällt mehr als jede zehnte Stelle außerhalb des Bereiches Schulen und Kindergärten weg. Besonders einschneidend sind die Einsparungen bei der Tageszeitung der deutschen Minderheit. Der Nordschleswiger trägt mit 373.000 Euro fast die Hälfte der Einsparungen, bleibt der Minderheit aber als wichtiges Medium und Sprachrohr erhalten.

Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, unterstrich Anfang 2011 in einer Rede, dass die Minderheit diese Sparrunde verkraften wird, auch wenn sie schmerzliche Einschnitte zur Folge hat: „Ich hoffe sogar, dass wir – dank einer sehr guten Zusammenarbeit innerhalb der Minderheit – gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen werden. Aber wir können solche Sparrunden nicht Jahr für Jahr wiederholen, das würde uns aufreiben. Wir brauchen deshalb verlässliche Zusagen für die Zukunft.“ Dieser Wunsch steht auf der Tagesordnung, wenn das Nordschleswig-Gremium des Schleswig-Hol-

steinischen Landtages im April 2011 in Berlin tagt. Hier, so die Hoffnung, wird man gemeinsam Lösungen finden, die der deutschen Minderheit das finanzielle Fundament geben, auf dessen Grundlage die zukünftige Weiterentwicklung stattfinden kann.

Anmerkungen

- 1 Das Schullandheim in Schelde bei Broacker soll laut Hauptvorstandsbeschluss vom 24. Januar 2011 verkauft werden. Die deutsche Schule in Hoyer wird mit Ende des Schuljahres 2010/11 geschlossen. In diesem Fall nicht nur aus Kostengründen, sondern auch wegen fallender Schülerzahlen an der Westküste.
- 2 Jahresrechnung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, vorgelegt bei der BDN Delegiertenversammlung am 4. Mai 2010. Die Jahresrechnung ist eine Zusammenstellung der Jahresabschlüsse der Volksgruppenverbände für die Betriebsmittel des Jahres 2009, Abbildungen 2 und 3 eigene Berechnungen auf dieser Grundlage.
- 3 Ein Beförderungszuschuss wurde bis 2010 für alle dänischen Privatschulen über den dänischen Freischulverein gezahlt. Mit einer Sonderregelung des dänischen Staates übernimmt dieser allein und ausschließlich für die Schulen der Deutschen Volksgruppe den bisher gezahlten Beförderungszuschuss. Dies wird zu einer weiteren Erhöhung des Anteils des dänischen Staates an der Finanzierung der deutschen Minderheit führen.
- 4 Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel, November 2010, S. 4.
- 5 Ebda. S. 32, sowie Finansministeriet, Aftaler om Finansloven for 2011, November 2010, S. 40.
- 6 Zum Hintergrund Harro Hallmann, Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform, in: GFH 1/2006, S. 13-18, Schreiben des Innen- und Gesundheitsministers vom 10. März 2005 (j.nr. 2004-2219-15), Übersetzung des Verfassers.
- 7 Bundshaushaltsplan 2011, Einzelplan 06, Bundesministerium des Inneren, Titelgruppe 05, Titel 68760, S. 165f.
- 8 Der Nordschleswiger, 5. November 2010.
- 9 Hinrich Jürgensen beim Empfang des Deutschen Grenzvereins in Sankelmark, 13. Januar 2011.
- 10 So unter anderem Hinrich Jürgensen in seiner Rede an die Delegierten des BDN am 22. November 2010.